

„Jetzt wollen wir leben“

Kambodscha auf dem steinigen Weg zur Demokratie



Nach langem blutigen Bürgerkrieg fanden vor zehn Jahren in Kambodscha die ersten demokratischen Wahlen statt. Ungesühnt geblieben sind bis heute die Gräueltaten der Roten Khmer zwischen 1975 und 1979, deren Schreckensherrschaft fast zwei Millionen Menschen zum Opfer fielen. Bemühungen der Vereinten Nationen, die Verantwortlichen vor ein Tribunal zu bringen, sind bisher gescheitert. Über diese Entwicklung, über Menschenrechte und die Anstrengungen der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem südostasiatischen Land auf dem Weg zu mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu helfen, sprachen wir in Phnom Penh mit dem Landesbeauftragten Peter Köppinger. Ein Interview von Peter Tachau, dokumentiert von Robert Luchs.

Einblicke: Wie beurteilen Sie die Situation der Menschenrechte in Kambodscha?

Köppinger: Leider gibt es in Kambodscha nach wie vor schlimme Menschenrechtsverletzungen und ein hohes Maß an Rechtsunsicherheit. Das hat auf der einen Seite mit der langen Bürgerkriegsgeschichte zu tun, zum anderen liegt es aber auch daran, dass Justiz und Demokratie noch nicht genügend fortentwickelt sind. Es gibt die Machtposition einer Partei (Kambodschanische Volkspartei, KVP, die Red.), die vor allen Dingen in den abgelegenen Dörfern und

Gemeinden des Landes keine Kontrolle zulässt. Gleichwohl aber muss man sagen, dass sich in den vergangenen zehn Jahren die Dinge in vieler Hinsicht verändert und verbessert haben.

Können Sie konkrete Beispiele für solche Menschenrechtsverletzungen benennen?

Häufig werden Bauern von ihrem Land mit Gewalt vertrieben, wenn reiche Geschäftsleute, hohe Militärs oder andere einflussreiche Personen dieses Land haben wollen, um damit zu spekulieren. Und zwar oft genug mit nackter Gewalt,

die vor Mord nicht zurückschreckt. Das zur Begründung angeführte Investitionsinteresse ist lediglich vorgeschoben, ebenso das Argument, man wolle Arbeitsplätze schaffen, was aber oft nicht realisiert wird. Das sind Dinge, die ständig passieren. Die Regierung versucht immerhin, darauf zu reagieren. Es gibt seit einem Jahr ein neues Landgesetz, wobei die Durchführungsbestimmungen noch nicht alle erarbeitet sind, aber es beginnt ganz langsam zu greifen.

Gibt es politische Gefangene in Kambodscha?

Nach dem, was ich weiß, gibt es in diesem Land keine politischen Gefangenen...

...und das liegt auch an einer gut funktionierenden Öffentlichkeit, einer gut funktionierenden Presse?

Das liegt vor allem daran, dass Kambodscha 1991 den ersten Schritt zum Frieden nur mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft tun konnte und insofern einen Teil seiner Souveränität an die Vereinten Nationen abgetreten hatte. Das Land ist weiterhin finanziell abhängig von der internationalen Staatengemeinschaft, und da kann man es sich nicht leisten, politische Gefangene zu haben. Es gibt in Kambodscha freie Zeitungen und Zeitschriften, die das andernfalls sofort aufgreifen würden.

Werden die von Ihnen genannten Menschenrechtsverletzungen durch die Bevölkerung angeklagt und ihre Rechte eingeklagt?

Nein, überwiegend nicht. Das hängt damit zusammen, dass im Reformprozess, der seit 1998 nach meiner Auffassung relativ ernsthaft betrieben wird, die Justiz weitgehend ausgespart geblieben ist. Erst seit etwa einem Jahr, auch wiederum auf massiven Druck der internationalen Gemeinschaft, ist das Thema Rechts- und Justizreform wirklich angepackt worden. Aber Kambodscha ist von einer berechenbaren und qualifizierten Gerichtsbarkeit noch weit entfernt. Die Bürger haben einfach niemanden, an den sie sich direkt wenden können.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung beteiligt sich am Aufbau eines funktionierenden Rechtssystems, an der Ausbildung von Rechtsbewusstsein in der kambodschanischen Bevölkerung. Wie weit sind Sie inzwischen in Ihrer Arbeit gekommen?

Wir bemühen uns seit Anfang der 90er Jahre, übrigens sogar schon zuvor in den Flüchtlingslagern, Personen zu qualifizieren, die anschließend als Lehrer, als Mönche, die hier viel Einfluss haben, oder auch als Politiker helfen, das Bewusstsein, was Rechtsstaat, was Demokratie

ist, was Menschenrechte sind, in der Bevölkerung zu verbreiten. Einer unserer großen Partner, das *Khmer Institute of Democracy*, hat dieses Bemühen zum Schwerpunkt seiner Arbeit gemacht. Ein anderer Partner, *Buddhism for Development*, betreibt die Qualifizierung von Mönchen ganz systematisch, damit sie über die Pagoden hinaus in der Bevölkerung tätig werden können. Dabei sollen die sozialen Aspekte des Buddhismus wiederbelebt und Recht, Demokratie und Entwicklung in den Mittelpunkt gestellt werden.

Daneben bemüht sich die Konrad-Adenauer-Stiftung, Institutionen aufzubauen, ohne die ein Rechtsstaat nicht funktionieren kann. Wir versuchen zum Beispiel mit unserer Arbeit, das Parlament zu stärken. Wir haben auch mitgeholfen, deutsche Entwicklungshilfe für die Einrichtung eines Rechnungshofes zu mobilisieren. Außerdem sind wir damit beschäftigt, auf örtlicher Ebene Bürgerbeauftragte als *local ombudsman* mit einzuführen, die den Menschen bei Willkür und Fehlverhalten von Staatsbediensteten beistehen sollen. Es gibt also eine Reihe von Ansätzen, aber ich sage noch einmal: Kambodscha steht noch sehr am Anfang.

Wie arbeitet das Land die Vergangenheit der Roten Khmer auf? Wird es überhaupt Prozesse gegen die Täter geben?

Die Regierung steht auf dem Standpunkt, dass sie alles getan hat, um ein Tribunal in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen zu ermöglichen. Auf Seiten der UN gibt es aber, sicher nicht zu Unrecht, Bedenken, ob ein vernünftiger und halbwegs glaubwürdiger Prozess überhaupt zu organisieren ist. Dennoch bemüht man sich weiter, und erst kürzlich sind Mittel bereitgestellt worden, damit eine Kommission der Vereinten Nationen in Kambodscha die Voraussetzungen für einen Prozess untersuchen kann. In der kambodschanischen Bevölkerung gibt es eine Minderheit von vor allem im Westen ausgebildeten Intellektuellen, die der Meinung ist, dass Kambodscha nicht

zur Ruhe kommen kann, wenn seine Vergangenheit nicht gründlich aufgearbeitet, sprich: mit den Roten Khmer nicht abgerechnet wird. Die Mehrheit der Bevölkerung aber will in erster Linie Frieden haben und ist besorgt, dass alte Wunden wieder aufgerissen werden, vielleicht sogar neue Unruhen ausbrechen könnten. Und dies, obwohl es keine Familie gibt, die nicht Mitglieder unter der Schreckensherrschaft der Roten Khmer verloren hat. Hinzu kommt, dass man aus der buddhistischen Tradition heraus die Vergeltung für Unrecht als etwas ansieht, was von Menschen nicht herbeigeführt werden kann und sollte, weil das erst in einem späteren Leben geschieht.

Der Führer der Roten Khmer, Pol Pot, ist schon vier Jahre tot. Hat das auch einen Einfluss auf diese Haltung?

Pol Pot war die Person, mit der die Gräueltaten identifiziert wurden. Aber ich glaube eher, dass es tatsächlich eine Grundhaltung ist, die hier zum Ausdruck kommt: Was geschehen ist, war schrecklich, ist immer noch unvorstellbar, aber wir können es nicht mehr ändern - und jetzt wollen wir leben.

Mit welchen Argumenten kommen denn die Vereinten Nationen?

Die sagen zu Recht, wenn so etwas ungesühnt bleibe, dann sei das ein Präzedenzfall, auf den man sich folglich auch in anderen Ländern berufen könne. Auf der anderen Seite sind die Vereinten Nationen gerade hier in Kambodscha nicht sehr glaubwürdig. Sie haben über viele Jahre die Roten Khmer bzw. ein Gegenregime zu der Regierung in Kambodscha, in dem die Roten Khmer die eigentlichen Machthaber waren, während des Bürgerkrieges offiziell anerkannt.

Wie ist die Haltung von König Sihanouk?

Der König hat immer wieder betont, dass er bereit ist, in einem Prozess mitzuwirken, auszusagen und sich befragen zu lassen. Und dass er mithelfen will, dass dieser Prozess glaubwürdig und ehrlich vonstatten geht.